Aus B. aufwing

Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis: vierteljährlich 2,40 Mk. Außerdem Bestellgeld.

Christlich-nationales Tageblatt
mit der Sonntagsbeilage „Für Herz und Haus".
Herausgeber D. Jaeger.

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., Reklamezeile 1.00 Mk. Beilagen nach vorheriger Vereinbarung. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr.

Nr. 293 | Bielefeld-Bethel, Dienstag, den 16. Dezember 1919. | Jahrgang 1.

Advent.

Dein König kommt, doch ohne Prangen,
Sein Aufzug ist an Armut reich.
Auf, deinen Fürsten zu empfangen,
Der dir an tiefster Schwachheit gleich!
Komm, Hand und Szepter dem zu küssen,
Der dich wird zu schützen wissen,
Daß dich kein Angststrom überschwemmt.
Tu, wie getreue Untertanen,
Komm her und schwör' zu seinen Fahnen!
Dein längstverlangter König kommt.

Joh. Jak. Rambach, 1693—1735.

Der Prozeß Marloh.

Nicht nur die Blätter der Sozialdemokraten beider Richtungen, auch die Zeitungen der Linken sind teilweise empört und zum mindesten unbefriedigt über das milde Urteil, welches im Prozeß Marloh ergangen ist. Die Presse der Unabhängigen hat ohnehin die ganze Zeit der Verhandlung hindurch den Prozeß zum Anlaß einer geradezu ekelhaften Hetze gemacht. Mit dicken, fetten, in die Augen springenden Lettern wurde es den Lesern der Freiheit zu „Gemüte" geführt, daß wir in einem Staate leben, wo „gute Zeiten für Mörder" sind und der noch ganz im „Sumpf des Militarismus" steckt. Mit einem wahren Feuereifer für Wahrheit und Gerechtigkeit nimmt man sich der 29 Matrosen an, die natürlich zu den besten und edelsten Menschen gehören, und stellt sie als unschuldige Opfer für das hohe Ziel der sozialdemokratischen Republik hin, um auch für die eigene Partei das in der Kirchengeschichte zu Ehren gekommene Wort auszuschlachten: Das Blut der Märtyrer ist der Same der Kirche. Die Herren Redakteure werden dabei nicht ganz ohne Erfolg bleiben, denn sie verstehen's, die Sinne zu betören und das Volk zu verführen. Aber wenn man hinter diese zur Schau getragene Menschlichkeit und Ehrlichkeit, hintr die leidenschaftlich betonte Wahrheitsliebe, die ja ab und zu mal ganz wertvolle Erkenntnisse zutage fördert, zu schauen vermag, dann erkennt man da einen solchen Fluß von Haß und Lüge, von Umdrehung und Entstellung, daß einen ein tiefes Mitleid mit den Menschen faßt, die sich durch so viel Verlogenheit, geschminkte und aufgeputzte Parteileidenschaft einwickeln und betören lassen.

Es ist freilich ebenso traurig, wenn auf der anderen Seite natürlich in gesitteteren und gebildeteren Formen die Schäden und tief bedauerlichen Mißstände, die der Prozeß enthüllt hat, verschleiert und beschönigt werden sollen. Man darf sich über die Zuspitzung des Parteikampfes und besonders über die niedrigen Machenschaften, die sich vielfach auf der Linken finden, nicht wundern, wenn man es selbst mit der Wahrheit nicht so ganz ernst nimmt und bei der Beurteilung sittlicher Auswüchse in der Gesellschaft ein sicheres und lauteres Urteil vermissen läßt. Die „Deutsche Tageszeitung" bezeichnet trotz gegenteiliger Feststellungen die 29 Matrosen noch immer als Meuterer und zweifelhaftes und unzweifelhaftes Gesindel" und nimmt in unbegreiflicher Weise für den doch stark bloßgestellten Herrn von Kessel Partei, während sie dessen Hauptwidersacher und Ankläger, Pfarrer Rump, „ohne Bedauern entbehrt" hätte.

Das Urteil des Gerichtshofes wird dem größten Teil des deutschen Volkes, soweit es eben noch gerecht denken kann, aus dem Herzen gesprochen sein. Es ist eine betrübliche Folge der Revolution, daß dort in der Französischen Straße ohne Nachweis ihrer Schuld eine Reihe deutscher Männer ums Leben gebracht worden sind. Und vielleicht hätte ein anderer Offizier an Marlohs Stelle das Unheil vermieden und einen anderen Ausweg aus der peinlichen und bedrängten Lage gefunden, in der sich die verantwortlichen Hüter der staatlichen Ordnung befanden. Aber eine Schuld trifft Marloh angesichts der ihm überbrachten Befehle nicht. Um ihn zu verstehen und zu entschuldigen, muß man die ganze Situation, die damals in Berlin herrschte, bedenken. Es läßt sich jetzt so leicht über sein Vorgehen aburteilen, wenn man am stillen und behaglichen Schreibtisch sitzt. Noske hat mit Recht darauf aufmerksam gemacht, daß die Berliner Luft damals blutgeschwängert war, die Gemüter waren bewegt, der Straßenkampf meist hart, erbittert, ja leicht grausam, ganz anders als der Kampf im offenen Felde, es waren auch von den regulären Truppen viele meuchlings ermordet. In solchen Zeiten wiegt ein Menschenleben leichter als gewöhnlich, die Entschlüsse müssen rascher gefaßt werden und schwerwiegende Entscheidungen unterliegen mehr als sonst den aus der Gesamtlage im Augenblick sich ergebenden Stimmungen. Die Hauptschuld fällt also unzweifelhaft auf die zurück, die in unverantwortlicher Weise den Frieden Berlins gestört und die Ordnung leichtfertig aufs Spiel gesetzt haben, die zuerst die Waffen ergriffen den den Kriegszustand und die Kriegsstimmung geschaffen haben.

Schuldig ist Marloh nicht, eher wäre er zu bedauern. Der Prozeß hat ergeben, daß sein Vorgehen auf einer Reihe von Mißverständnissen beruht, daß es objektiv betrachtet nicht richtig war und es ist schwer für einen aufrechten und untadeligen Charakter, das Blut von 29 Menschen für alle Zeit auf dem Gewissen haben zu müssen. Und das um so mehr, als er dem Vaterland mit seiner Tat offensichtlich nicht genutzt hat, denn dieser Vorfall hat die wilden Instinkte des Hasses nur noch mehr aufgestachelt und den Frieden in Gefahr gebracht.

Daß man dagegen den Hauptmann v. Kessel festgenommen hat, daß er nicht, wie die „Freiheit" in anschaulicher, aber völlig frei erfundenen Weise schilderte, entflohen ist, erfüllt jeden geraden, aufrechten Menschen mit Genugtuung. Sein unsicheres, verworrenes Reden, seine unmännliche Haltung vor Gericht, die ihm nachgewiesenen höchst zweifelhaften Mittel zur Abwälzung der Schuld sind die unerfreulichsten Erscheinungen, die der Prozeß gezeitigt hat. Die Aussagen des Pfarrers Rump ließen doch einen tiefen und sehr schmerzlichen Blick in die Zustände tun, die noch in den äußerlich so angesehenen Kreisen bestehen. Das muß immerhin nachdenklich machen und sollte vor Überheblichkeit und allzu raschem Aburteilen über die Sünden des „niederen" Volkes bewahren. Aber es ist eine bewußte Gemeinheit, Herrn v. Kessel, der übrigens nicht der Neffe des Generaloberst ist, als den Typus des preußischen Offiziers hinzustellen, um dann in ihm den gesamten Offizierstand und womöglich die ganze sogenannte gebildete Gesellschaft in Bausch und Bogen mit Schmutz bewerfen zu können. Daß sich gerade darin jüdische Federn auf der linken Seite hervortun, ist eine bekannte und leider immer wieder mit Abscheu zu beobachtende Tatsache. Es wirkt aber doch fast lächerlich, wenn man auf der anderen Seite, für all und jedes Übel im deutschen Volk die Juden verantwortlich macht und daher, wie jetzt die „Deutsche Zeitung" tut, mit einem Mal für die verwerfliche Handlungsweise des Herrn v. Kessel seine angeblich jüdische Abstammung als Erklärungsgrund hervorzusuchen weiß. Damit verhüllt man in verständnisvoller Vogelstraußpolitik die Augen vor den Schäden im eigenen Lager und dient der Wahrheit und dem sittlichen Aufschwung des deutschen Volkes nur schlecht. Die Behandlung des Prozesses in der Presse bringt so recht eindringlich den Beweis, wie nötig wir auf beiden Seiten, links aber auch rechts, einen kräftigen Einschlag christlichen Geistes und heiliger Lauterkeit bedürfen.

H. W.

Sind unsere Feinde berechtigt, Deutschland ein Anrecht auf Kolonialbesitz zu bestreiten?

Von Seminarlehrer Nehm, Hilchenbach i. W.

(Schluß.)

4. Italien als Kolonialmacht.

Italien, ein Land, in dem erst 1877 die allgemeine Schulpflicht eingeführt wurde, die aber nur vom 6. bis 9. Lebensjahre dauert, ein Land, in dem noch heute fast 31 Prozent der Rekruten des Lesens und Schreibens unkundig sind (in Deutschland 0,03 Prozent), als Kolonial- und Kulturmacht! Was konnte ein solches Land aus den an sich ziemlich wertlosen Gebieten Eritrea und Somali machen! Was es aus dem den Türken genommenen Tripolis etwa machen wird, mag die Zukunft lehren. Traurig wäre es, wenn man ihm eine deutsche Kolonie als Versuchsobjekt anwiese!

5. Portugal als Kolonialohnmacht.

Und nun gar Portugal, in dem 79 Prozent der Bevölkerung weder lesen noch schreiben können, dem von dem gewaltigen Kolonialbesitze früherer Zeiten nur ein kleiner Rest geblieben ist, und das auch aus dem ihm verbliebenen Reste nichts zu machen versteht, weil — nun weil es eben Portugal ist! Früher zogen die Portugiesen aus ihren — ihnen auch jetzt noch gehörenden — afrikanischen Kolonien Angola und Portugiesisch-Ostafrika hauptsächlich durch den Sklavenhandel Nutzen. Als dann keine Sklaven mehr zu handeln waren, hatten diese Kolonien den größten Teil ihrer Bedeutung für Portugal verloren. „Im Sommer 1914 standen die deutsch-englischen Verhandlungen, mit vertraulicher Hinzuziehung maßgebender portugiesischer Faktoren, in Betreff der Kolonien Portugals in Afrika so nahe vor dem Abschlusse, daß nur noch über die Form der Veröffentlichung Meinungsverschiedenheiten bestanden. Allerdings war dabei der Verdacht nicht ganz abzuweisen daß England gerade die Veröffentlichungsfrage dazu benutzen wollte, um ein Stück seiner Zugeständnisse wieder zunichte zu machen. Jedenfalls aber ist es Tatsache, daß schon im Frühjahr 1914 eine deutsch-portugiesische Expedition nach Angola aufbrach, um die Verhältnisse dort wegen eines Eisenbahnanschlusses an Deutschsüdwestafrika zu untersuchen." (Rohrbach, Woher kam der Krieg?) — „Die Tradition" portugiesischer „Verwaltung und Regierungsmethoden" macht Portugal vielleicht jetzt geeignet, etwas von dem deutschen Besitze zu erhalten, als Lohn für treue Vasallendienste, die es England seit langem leistete. Ob wohl Montenegro und Monaco auch ihren Teil von dem Kolonialraube bekommen werden? Würdig sind sie dessen zweifellos, befinden sie sich doch in einer Gesellschaft, in der, wenn man unter sich ist, die Maße für Anstand nicht eben groß sind und sein dürfen.

6. Die Union als Kolonialmacht.

Obwohl die Union in jeder Hinsicht noch auf lange Zeit hinaus ungeahnte Entwicklungsmöglichkeiten im eigenen Lande hat, hat sie sich doch — bescheiden, wie der Angelsachse nun einmal ist — bereits einen erheblichen Kolonialbesitz verschafft. Was sie daraus machen wird, ruht noch im Schoße der Zukunft. Von ihrer Leistungsfähigkeit auf dem Gebiete des Kolonisierens legen jedenfalls ihre „Erfolge" gegen die Indianer ein beredtes Zeugnis ab. — Ob es sich nicht auch im Reiche Wilsons, das den Krieg so gewaltig ausnutzen konnte, noch einmal zeigen wird, daß die Augen größer sind als der Magen, daß die Lust zu schlucken größer ist als die Fähigkeit zu verdauen?

7. Japan als Kolonialmacht.

Auch Japan ist als Kolonialmacht noch zu jung, als daß sich bereits ein Urteil abgeben ließe. Zunächst läßt sich nur sagen, daß es für seine Politik ein scharfes Ziel hat, und daß es in Verfolgung seines Zieles vor keiner Gewalt, vor keinem Blutvergießen zurückschreckt. „Würdig" zur Kolonialverwaltung ist der Japaner auf alle Fälle, befinden sich doch auf jener Seite eben nur „anständige" Leute.

Rußland, das ja aus der Reihe unserer Feinde ausgeschieden ist und bei der Verteilung des Raubes sicher nicht berücksichtigt wird, mag hier unbeachtet bleiben.

*

So sind die verschiedenen Kolonialmächte auf der Seite unserer Feinde an unserm Auge vorbeigezogen. Das Völkermuseum der Entente hat wahrlich ganz absonderliche Nummern, eine immer schöner und reiner als die andere. Und diese Gesellschaft von Schmutzfinken, geführt von unsern „lieben Vettern" jenseits des Kanals, denen der Kolonialraub seit Jahrhunderten zur lieben Gewohnheit geworden ist, wagt es, unserm Volke jedes Anrecht auf Kolonialbesitz zu bestreiten! Kolonien, Völkerbund, Selbstbestimmungsrecht der Völker und dergleichen schöne Dinge — für die andern, nicht aber für Deutschland, das anscheinend nur noch dazu bestimmt sein soll, der Sklave seiner Feinde zu sein. „Der Gebrauch, der von den Kolonien gemacht wurde, um sie als Basis zu gebrauchen, von wo man sich auf den Welthandel stürzen könne." Ja, das ist's, was die Feinde fürchten: Deutschlands Überlegenheit auf dem Gebiete des Welthandels. Und da man einen ehrlichen Wettbewerb scheut, sucht man um jeden Preis den Gegner unschädlich zu machen, geschehe es auch mit den allerverwerflichsten

Mitteln. Eins dieser der mittelalterlichen Raubritterzeit entnommenen Mittel ist eben der Raub unsers Kolonialbesitzes. Um ganz sicher zu gehen, verpflichtet man die Kolonialdeutschen durch Unterschrift, daß diese nie in die Kolonien zurückkehren werden. Wie muß man ein Volk fürchten, wie hoch muß man seine Kraft einschätzen, wenn man glaubt, nur auf diese Weise seiner Herr werden zu können!

Ein neuer Zentrumskurs?

Von Geh. Regierungsrat Prof. Dr. Martin **Faßbender**, Zentrums-Mitglied der Preußischen Landesversammlung.

Im Zentrum soll sich, wie die „Kölnische Zeitung" in ihrer Morgenausgabe vom 16. November ausführlich darlegt, ein neuer Kurs vorbereiten, und zwar soll sich eine Schwenkung nach rechts unter der Führung der deutschen Bischöfe vollziehen. Die Anzeichen hierfür erblickt das genannte Blatt hauptsächlich in der feierlichen Rechtsverwahrung des preußischen Episkopats gegen gewisse Formulierungen der neuen Reichsverfassung über die Quelle der Staatsgewalt und andere naturrechtliche Fragen sowie in dem „Vorstoß des Erzbischofs von Faulhaber" auf dem Münchener Katholikentage. In bezug auf erstgenannten Punkt soll nur bemerkt werden, daß man es dem deutschen Episkopat wohl nicht verübeln konnte, wenn er bei der programmatisch zwar neutralen, tatsächlich aber feindlichen Stellung der Sozialdemokratie zum Christentum allen Bestimmungen gesetzlicher Natur, die unter ausschlagendem Einfluß der Sozialdemokratie zustande kommen, von vornherein mißtrauisch gegenübersteht, daß aber bezüglich des Verhältnisses von Staat und Kirche eine entschiedene Stellungnahme geboten war, um so mehr, als einzelne Regierungen bezügliche Bestimmungen der Verfassung zurecht zu drehen versuchten. Daß dieses tatsächlich z. B. von seiten der sächsisch-weimarischen Regierung bereits geschehen ist, ist dem Verfasser des Aufsatzes in der Kölnischen Zeitung" wohl unbekannt gewesen. Er darf aber vollständig davon überzeugt sein, daß der preußische Episkopat nicht ohne hinreichenden Grund seine Verwahrung eingelegt hat, und daß seine Annahme, der preußische Episkopat wolle einen neuen Kulturkampf provozieren, mindestens als eine sehr leichtfertige bezeichnet werden muß — ist es doch eine sonderbare Auffassung, demjenigen, der angegriffen wird, den Vorwurf zu machen, er provoziere einen Kampf. Und was die Rede des Erzbischofs von Faulhaber auf dem Münchener Katholikentage betrifft, so möchte ich darauf hinweisen, daß diese in der Presse in vollständig entstellter Weise wiedergegeben worden ist. Erzbischof von Faulhaber sah sich ja geradezu gezwungen, in einem in der „Germania" erschienenen Artikel zu erklären, daß seine Rede, besonders die Stellen über den Steuereid, in einer Weise ausgebeutet worden seien, die auf den Tiefstand schriftstellerischer Wahrhaftigkeit in unserem öffentlichen Leben ein sehr trauriges Licht würfen. Er erklärte ferner daselbst: „Jeder Satz der Rede geht auf meine rein persönliche Verantwortung. Damit fallen alle fettgedruckten Überschriften und Schlußfolgerungen, die mich als Wortführer der deutschen Bischöfe und Katholiken bezeichnen, grundlos in sich zusammen."

Hiermit dürften die wesentlichsten Gründe, welche der Verfasser für eine im Zentrum unter Führung der Bischöfe sich vollziehende Rechtsschwenkung geltend macht, als hinfällig erwiesen sein, abgesehen davon, daß die preußischen Bischöfe es weit von sich weisen werden, als Schrittmacher einer politischen Partei angesehen zu werden. Hiermit dürfte es sich auch erübrigen, näher auf die Betrachtungen einzugehen, welche der Verfasser an diese angebliche Rechtsschwenkung knüpft, ob die katholische Arbeiterschaft diesen neuen Kurs mitmachen wird oder nicht, welche Stellung Erzberger dabei einnehmen wird usw. Diese Fragen erscheinen aber auch ganz bedeutungslos, wenn, wie der Verfasser annimmt, die Umsteuerung des Zentrums gar nicht ernst gemeint ist, sondern nur zu Wahlzwecken in Szene gesetzt werden soll. Tatsächlich ist es schwer, sich hier in die Gedankengänge des Verfassers hineinzufinden. Auf der einen Seite wirft er dem Zentrum vor, Spiegelfechterei zu treiben, indem es die Regierung, an der es selbst teilnehme, bekämpfe und Gesetze, an deren Zustandekommen es bestimmend mitgewirkt habe, verdamme. Auf der andern Seite gibt der Verfasser selbst zu, daß auf de Gebiete der Schule, die als wirksamstes Agitationsmittel im kommenden Wahlkampf benutzt werden solle, keine Verständigung zwischen Zentrum und Sozialdemokratie zustande gekommen und die endgültige Regelung in die Zukunft verwiesen sei. Jeder, der nur einigermaßen die Geschicke der Zentrumspartei kennt, weiß, daß die konfessionelle Schule zur Pflege der religiösen Kindererziehung von jeher eine der Kardinalforderungen des Zentrums bildet, für die es stets mit zähester Ausdauer gekämpft hat. Als Überzeugung des Gesamtzentrums aber dürfte gelten die Anschauung, daß die Schulfrage die große Probe auf die geistige Kraft der einzelnen Weltanschauungen bedeute. Hier handelt es sich in Wirklichkeit um einen Kampf der Weltanschauungen, bei dem Zentrum um einen Kampf für das christliche Kulturideal.

Wenn der Verfasser behauptet, daß das von ihm vertretene liberale Schulideal sich zwar in manchen Punkten von dem sozialdemokratischen Schulideal unterscheide, demselben aber doch so verwandt sei, daß es eine gemeinsame Front gegen rechts, „gegen konservativ-klerikale Kulturkampfgelüste", gestatte, so haben wir darin eine Kampfansage der mit der Sozialdemokratie vereinigten Demokratie gegen das christliche Kulturideal zu erblicken. Lächerlich mutet es aber an, wenn die „Kölnische Zeitung" dem Zentrum die Neigung zu Kulturkampfgelüsten vorwirft. Davon weiß sich das Zentrum frei, da das Zentrum vom Standpunkt der Gleichberechtigung nur die Möglichkeit wünsche, in den Kreisen seiner Anhänger sein Schulideal verwirklichen zu können. Es weiß aber auch bestimmt, daß aus dem heutigen Jammer und Elend weder der nationale Gedanke allein uns retten kann noch auch ein Zurückgreifen auf den Idealismus Schillers, von dem die „Kölnische Zeitung" alles erwartet, sondern daß die Worte, die einmal Konstantin Franz ausspricht, auch auf unsere Zeit zutreffen: „Auf Taten kommt es an." D. A. Ztg.

Kohlennot in der Münsterländischen Textilindustrie.

Zu dieser Frage nahm am 6. 12. in Münster im Saale des katholischen Gesellenhauses eine von den Textilarbeiterverbänden einberufene Arbeitervertretungversammlung Stellung. In dieser Versammlung war die gesamte Textilarbeiterschaft des Münsterlandes durch ca. 230 Arbeiterausschußmitglieder vertreten. Vertreter der Regierung, der Handelskammer Münster und auch eine Anzahl Fabrikanten der münsterländischen Textilindustrie waren anwesend. Herr Gewerkschaftssekretär Camps-Münster bemerkte einleitend, daß es sich darum handele, vor aller Öffentlichkeit die Notlage der Kohlenversorgung darzulegen, dies wolle ganz besonders aus der Versammlung heraus von den Arbeitervertretern zum Ausdruck gebracht werden. In sachlicher Schärfe wurde von allen Rednern beider Gewerkschaftsrichtungen auf die Unhaltbarkeit der Lage und die jetzt schon große Arbeitslosigkeit und auf die Folgen derselben, Not, Elend und Krankheit in den Arbeiterfamilien hingewiesen. Große Erregung bemächtigte sich der Versammlung, als betont wurde, daß in Holland Überfluß an Kohle sei, und trotz der Notlage der einheimischen Industrie mehr Kohle nach Holland ausgeführt werde, als vertragliche Verpflichtung sei. Auch wurde der Antrag gestellt, die Gewerkschaften möchten an die Fabrikanten die Eingabe richten, ob es sich ermöglichen lasse, die Arbeiter im Bergbau und an der Eisenbahn vorzugsweise mit Bekleidung zu versorgen und dieselben zu bitten, bei der Kohlenbeförderung und im Verkehr nach Möglichkeit alle Kräfte anzuspannen, die äußerste Not abzuwenden. Von Herrn Gewerkschaftssekretär Heeke-Bocholt wurde folgende Entschließung eingebracht und einstimmige Annahme fand:

„Die Textilindustrie des Münsterlandes hat durch Materialknappheit und damit zusammenhängende Arbeitslosigkeit während des Krieges sehr gelitten. Darum fordern wir, daß der Textilindustrie, soweit es eben möglich ist, Kohlen per Eisenbahn oder Schiff zur Verfügung gestellt werden."

Schon heute ruht ein großer Teil der Textilbetriebe des Münsterlandes. Das bedeutet für die Arbeiterschaft Arbeitslosigkeit und Brotlosigkeit. Daraus müssen sich bei den heutigen Verhältnissen Krankheit. Not und Elend entwickeln. Auch bei der Textilarbeiterschaft gibt es eine Grenze der Leistung. Im nahen Holland ist durch Einführung deutscher Kohle eine genügende Versorgung geschaffen, während im Inland die Kohlennot sich in erschreckender Weise bemerkbar macht. Das erzeugt bei der Arbeiterschaft große Erbitterung. Es ist kaum noch möglich, die arbeitslosen Massen von durchfahrenden Kohlenzügen zurückzuhalten. Auch ist die Versammlung der Ansicht, daß heute die Textilindustrie so lebenswichtig ist, daß sie an erster Stelle mit Kohle zu beliefern wäre. Heut, wo ein großer Prozentsatz der Arbeiterbevölkerung, besonders Arbeiterkinder, kein Hemd mehr am Körper tragen, sollte gerade die Arbeit in der Textilindustrie mit allen Mitteln gefördert werden.

Auch den Industriellen ist es bei weiteren ungenügenden Kohlenbelieferungen nicht möglich, die teueren Rohmaterialien einzukaufen. Ein, wenn auch nur kurzer, völliger Stillstand eines Betriebes, kann bei den heutigen Valutaverhältnissen auch einen ganz sicher begründeten Betrieb zum Ruin bringen. Es muß der Regierung daran gelegen sein, daß der vollständige Zusammenbruch vermieden wird. Die Versammlung fordert daher dringend bessere Belieferung mit Kohle und bittet die Regierung, alle Maßnahmen, sowohl im Überlandbezug wie auch im Bahnverkehr zu treffen, welche eine sofortige Wiederaufnahme der Arbeit in den stilliegenden Betrieben gestattet, sie fordert auch, daß die Textilindustrie in eine höhere Belieferungsklasse gesetzt wird.

Die trotz aller Maßnahmen arbeitslos werdenden Textilarbeiter müssen aus allgemeinen Mitteln solange ausreichend unterstützt werden, bis eine andere Verdienstmöglichkeit gefunden ist, und ist hierbei besonders in den Kommunen loyal zu verfahren.

Die Textilarbeiterschaft will gerne arbeiten. Sie will weiter mit dazu beitragen, daß unser ganzes Wirtschaftsleben wieder gesundet. Mögen aber auch die in Betracht kommenden Stellen alles tun, damit unnötige Erregungen Erbitterungen und Unruhen vermieden werden.

Oesterreichs Not.

Die Pariser Beratungen über die Hilfe für Wien.

Dr. Renner ist mit mehreren Ministern in Paris eingetroffen und hat die Pariser Wiedergutmachungskommission unter Darlegung der Notlage Deutschösterreichs um weitgehende Unterstützung mit Lebensmitteln und Gewährung eines ausreichenden Kredits zur Bezahlung der ausländischen Nahrungsmittel gebeten.

Die Notlage der Wiener Bevölkerung ist geradezu erschütternd. Nach den Mitteilungen des Staatskanzlers Dr. Renner vor der Pariser Wiedergutmachungskommission wird die Republik Oesterreich ohne irgendein Versäumnis ihrer Verwaltung binnen drei Wochen ohne Brot und Mehl sein. Er könne es nicht wagen, nach Wien zurückzukehren, ohne Brot und Kredit mitzubringen. Die Welt würde es dieser Regierung niemals verzeihen, wenn sie nicht durch das freimütige Bekenntnis der Lage des Landes die Menschheit vor der grauenhaften Katastrophe gewarnt hätte. Die Entente könne nicht zulassen, daß 6 Millionen verzweifelte Menschen ohne eigene Regierung den Mächten unweigerlich die schwierigsten militärischen und politischen sowie wirtschaftlichen und finanziellen Auf-

---

Ein Abend mit „Freidenkern".

Warum ich die Gänsefüßchen gebrauche? Weil in der hiesigen Vereinigung sich allerlei Geister zurechtzufinden suchen: unklare Phantasten, feurige Idealisten, glühende Christus- und Christentumshasser; stumpfe, stupide Mitläufer und begeisterte Neulandsucher; Krakeeler und vornehme Toleranzmenschen. Aber keinem gebührt der Titel: Freidenker; denn alle denken auf Parteikommando; alle haben systematische Systemlosigkeit; und nur wenige haben wenigstens zielbewußte Grundlinien.

Es ist etwas ganz anderes als Häckelscher Monismus oder Schopenhauerscher Skeptizismus oder Nietzsches Herrenmoral; es ist vor allem etwas, der Masse instinktgemäß begehrlich gemacht. — Welcher „Gebildete" hat die Führerdienste getan? Wer hat sein Halbwissen agitatorisch verwendet; oder welcher kalt-kluge Akademiker hat sich an das Bildungsproletariat verkauft?

Es ist entsetzlich traurig! Man kann doch die Masse für alles und jedes gewinnen. Nur muß es der Unzufriedenheit — der inneren und der äußeren — Rechnung tragen. Man denke sich einmal einen Menschen, der Zeit und Muße und losgeschraubte Denkaktivität besitzt. In müßigen Stunden sinnt er in Haß und Galle — aber mit kalt-egoistischer Berechnung — auf Broschürenhonorare und auf Agitationsbezahlung. Nun trägt er sein „System" vor; es mag purer Unsinn sein, aber es hat Methode. Und er kennt das agitatorische Aemsuchteln und die aufpeitschende Wucht des Schlagwortes. Und er bekommt die Masse — und ihr Geld. — Wo sind die Jesusjünger, die die Konjunktur bei der Masse ausnutzen: ihr Sehnen, ihr Harren auf das Glück auf Erden?

— — — — — — — — — — —

Was wollen die Freidenker bei mir? Sie wollen mich gewinnen. Eine Versammlung hat mich vorgestellt: immerhin Temperament hat er mitbekommen, auch eine gewisse Einsicht usw usw. . . . Vielleicht, vielleicht geräts . . . . . darum zeigen sie mir ihr Ideal. Ihr Ideal ist der Umsturz einer „gänzlich verdorbenen Weltordnung". Wirklich, sie sehen erst den Anfang dazu. Wirklich, sie wollen alles neu, groß, gerecht, glücklich machen. Es sind feurige Leute. — Durchdacht ist die Zukunftswelt bis zum kleinsten Ding. „Es gibt kein Eigentumsrecht — und das ist Glück". „Aber, lieber Herr, da haben Sie eine an sich wertlose Uhr von Ihrem Vater geerbt; und was werden Sie sagen, wenn sie demnächst ein Dieb entwendet, einer, der auch Spaß daran hat?" „Ach, im Zukunftsstaat hat jeder eine Uhr, da braucht keiner zu stehlen!" — Welches Hirn hat das alles erdacht? Einer, der in Wolkenkuckucksheim lebt; und der die Menschen nicht kennt: den Menschen der Sünde. Da ist der tiefste Scheidungsgrund: die kommunistischen Idealisten und syndikalistischen Schwärmer glauben an das Gute im Menschen, an das Radikal-Gute.

— — — — — — — — — — —

Der Kommunismus und Sozialismus ist ihnen Religion. Das behauptet er zu sein. Er erfaßt den ganzen Menschen. Er gibt den Mut zum Martyrium. Sie glauben an den Parallelweg zum Christentum, der aber über Christus hinaus führt. — Und vom wahren Christentum kennen sie nur die Karrikatur: aber wirklich gesehene. Ja, sie haben recht: Wo ist unter der Namenchristenheit solche Begeisterung, solches Gehen aufs Ganze — und solche „religiös"-vertiefte Menschenliebe? Gebt mir ebensoviel wahre Jesusjünger an unsern Ort, geistdurchwehte, opferwillige — und Jesu Sache ginge auch voran. Wahrhaftig! — Die Kirche ist ihnen im Wege. Gott sei Dank, daß sie es noch ist und daß sie es immer sein muß: denn der Stifter, unser Heiland, ist für Verlorene gekommen. Und Verlorene sind sie nicht, sie sind „Bedrückte", „Entrechtete". — Und dennoch: es ist schneidend, wenn sie nach meinen Ausführungen über das Wesen des Christentums sagen: „Dann haben wir niemals in unserm Leben einen Christen gesehen!" Mag sein! Und die Kirche mag es sich merken: ihre Diener und ihre Glieder.

— — — — — — — — — — —

Sie sagen mir den örtlichen Kampf an, den regelrechten Kampf. Sie, d. h. die Führer wollen ihn anständig führen. Aber die Masse? Und wenn's erst recht los geht? . . . Ich sage: die Zukunft schafft wieder Märtyrer; erst vielleicht, — wie ich vorhin erwähnte — drüben; dann kommen wir Christen wieder dran. So ist's biblischer Weg. So bahnt es sich an. — Aber zuvörderst sind idealistische Führer unter ihnen: Menschen mit einem Suchen. Und als ich den Weg wissenschaftlicher Apologetik beschreite, sagt's der beste unter ihnen: „Ich bekenne, daß ich diese Wege noch nie geführt wurde; und ich kann mich hineindenken — aber zunächst ganz schwach — in den Kopf eines Büchermenschen." Eine Antwort, die wert ist, beachtet zu werden. Den edlen Phantasten, die oft recht begabt sind, muß nachgegangen werden. Ich will's versuchen. — Ein tüchtiges Buch gebe ich ihn mit; und wenn er das studiert, wirklich studiert, so glaube ich an ehrliches Suchen. Und ich bin fest davon überzeugt, daß man sich unter sie mengen muß.

— — — — — — — — — — —

Eine leitende Frage beschäftigt seitdem meine Gedanken: Wie ist die Jugend aufzuklären? Daß unser Religionsunterricht in einer Arbeitergemeinde nach Möglichkeit „apologetisch" sein muß, wird mir immer klarer. Drum denke ich nach; und demnächst schreibe ich etwas darüber. Ich würde es begrüßen, wenn überall in den Fortbildungsschulen wahlfreier Religionsunterricht eingeführt würde; da könnte man mit den Jungen über die Dinge, die ihnen heute allen auf den Arbeitsstätten nahegebracht werden, offen reden.

L.

gaben aufzwingen. Ihr menschliches Herz werde die Möglichkeit eines Massensterbens ohne geschichtliches Beispiel im 20. Jahrhundert der christlichen Zivilisation weit von sich weisen.

Nach den Ausführungen des Staatskanzlers Dr. Renner ergriff Staatssekretär für Volksernährung Löwenfeld-Ruß das Wort, der die verzweifelte Ernährungslage Oesterreichs auseinandersetzte. Die ungenügende Ernährung erschwere die Wiederaufnahme der Arbeit. Die Gewichtsabnahme der stillenden Mütter, der Rückgang der Nahrung an der Mutterbrust, die abnormen Gewichtsrückgänge der Kinder und die Zunahme der Kindersterblichkeit seien statistisch erwiesene Tatsachen. Die Lebensmittelpreise hätten insbesondere in Wien und den Städten eine Höhe erreicht, die, trotzdem der Staat viele hunderte Millionen zur Verbilligung aufwendet, vom Volke nicht mehr ertragen werden könnte. Der Staatssekretär wies auf die in den letzten Tagen in einzelnen Städten Oesterreichs ausgebrochenen Hungerunruhen hin und sagte, Wien habe bisher sein trauriges Los mit bewunderungswürdiger Geduld ertragen. Wien hungere nicht nur sondern es friere auch. Die Verzweiflung müsse schließlich das geduldigste und rührigste Volk zu Ausbrüchen treiben, wenn die Qualen von Hunger und Frost ins Unendliche verlängert werden. Dringende Hilfe ist geboten, schloß der Staatssekretär, zunächst durch sofortigen Zuschub eines Monatsbedarfs, zumindest an Getreide etwa 50 000 Tonnen, ferner durch Einräumung eines ausreichenden Kredits, damit die sofort für die weitere Zeit erforderlichen Lebensmittel eingekauft werden können, und schließlich die Freilassung bestimmter Vermögenswerte und Ueberlassung der staatlichen Verfügung auf gewisse Rechte, um Lebensmittel über den eingeräumten Kredit hinaus beschaffen zu können.

Um die Finanzlage ist es, wie der deutsch-österreichische Finanzminister Dr. Reisch schließlich ausführte, sehr traurig bestellt. Der Haushalt der österreichischen Republik weist einen Fehlbetrag von acht Milliarden auf, das sind über 1300 Kronen auf den Kopf der Bevölkerung. Dieses Defizit komme hauptsächlich daher, daß der Staat Lebensmittel tief unter dem Einkaufspreis abgeben muß. Bei einem solchen Defizit sei eine innere Anleihe unmöglich und man müsse immer wieder Noten drucken, wodurch die Valuta weiter entwendet werde. Der Finanzminister erwarte Hilfe durch die Verpfändung des Tabakmonopols (das die Holländer erwerben wollen), der alpenländischen Wasserkräfte, deren Ausbau einige hundert Millionen Francs kosten würde, und der Eisenbahnen.

Alle diese großen schweren Opfer, wie die Auslieferung der Erwerbsanstalten an ausländische Kapitalisten, von denen sich das Land jahrzehntelang nicht erholen kann, könnten Oesterreich erspart bleiben, wenn es sich dem deutschen Mutterlande anschließen dürfte. Doch dann würde ja den Ententekapitalisten das schöne Geschäft entgehen, das darf nicht sein. Infolgedessen wird die Entente alle Loslösungs- und Anschlußgelüste einzelner Teile des neuen Oesterreich ablehnend gegenüberstehen, unter dem Vorwand, daß die Grundlage des Friedens von St. Germain nicht zerstört werden darf.

Vor neuen Verhandlungen.

Die neue deutsche Note an die Entente bildet die Unterlage für die Verhandlungen, die jetzt in Paris fortgeführt werden sollen. Die dafür von Deutschland bestimmte Sachverständigen-Kommission fuhr am Sonntag nach Paris ab. Sie besteht aus sieben Mitgliedern, und zwar werden in ihr vertreten sein das Auswärtige Amt, die Werftkommission, die Reeder (durch einen Hamburger Herrn), die Arbeiterschaft, das Wasserbauamt (gleichfalls durch einen Hamburger Herrn) und das Reichsarbeitsministerium, aus dem ein Sachverständiger für Fahrrinnen gewählt wurde. Der Kommission ist endlich auch ein Marinesachverständiger beigegeben worden. Den Vorsitz führt ein Geheimrat des Auswärtigen Amtes, der als Sachverständiger für Wasserstraßen gilt.

Aus der Zusammensetzung der Kommission geht hervor, daß im Mittelpunkt der Verhandlungen die Frage der Ablieferung von Hafengerät steht: Bagger, Schlepper und Docks. Deutschland besitzt hiervon etwa 600 000 Tonnen, wovon die knappe Hälfte Reichs- und Staatseigentum ist. Die groß erscheinende Ziffer ist in Wirklichkeit bei weitem weniger bedeutend. Bei Schleppern und Baggern handelt es sich um Fahrzeuge, die durch die angespannte Ausnutzung der Maschinen leicht Beschädigungen ausgesetzt sind und von denen deshalb stets ein erheblicher Teil in Reparatur liegt. Es ist nichts Seltenes, daß ein eben in Gang gesetzter Bagger durch Aufstoßen seiner Greifer auf einen schweren Stein oder ein anderes Hindernis gleich wieder arbeitsunfähig wird und ins Dock muß. Ohne eine starke Reserve kann deshalb der Baggerbetrieb nicht in Gang gehalten werden. Bei den Schwimmdocks ist die Bereithaltung von Reserven ebenso wichtig. In ganz Deutschland gibt es vielleicht 10—12 Docks, die für Schiffe über 10 000 Tonnen brauchbar sind. Unsere wenigen Riesendocks sind so eingerichtet, daß sie durch Inbetriebnahme der einzelnen Abteilungen auch für die Dockung von kleineren Schiffen geeignet sind. Entbehren können wir von unseren Docks auch kaum etwas. Wenn der fremdländische Reeder nicht die Sicherheit hat, daß ein Hafen für alle Fälle die Möglichkeit zur Dockung seiner Schiffe bietet, vermeidet er diesen Hafen. Nimmt man also den deutschen Häfen ihre großen Docks mit der Begründung, daß Deutschland ja keine großen Schiffe mehr besitze, dann verhindert man damit das regelmäßige Anlaufen ausländischer großer Schiffe in deutschen Häfen und schneidet damit Deutschland von der Großschiffahrt ab. Aus dieser Darlegung ergibt sich die Wichtigkeit der Erhaltung unseres Dockmaterials.

Unsere Sachverständigenkommission ist in der Lage, der Entente den Beweis zu führen, daß ihre Forderungen den wirtschaftlichen Tod Deutschlands zur Folge haben müssen. Sie wird gleichzeitig in der Lage sein, durch Anbietung von Ersatzleistungen die feindlichen Ansprüche zu befriedigen. Voraussetzung bleibt dabei, daß sich der Feind nicht böswillig die völlige Vernichtung Deutschlands zum Ziel gesetzt hat.

Für die Lage bezeichnend ist eine Meldung aus Kopenhagen, wonach man dort schon damit rechnet, daß der Kopenhagener Hafen an die Stelle Hamburgs als Hauptstapelplatz Europas für den Handel mit Amerika tritt.

Wenn Sie die Zeitung

auch am 1. Januar 1920 rechtzeitig in Händen haben wollen, dann bestellen Sie schon

vor dem 25. Dezember.

Die Nationalversammlung.

129. Sitzung. Sonnabend, den 13. Dezember 1919.

Deutsch-polnischer Vertrag.

Die polnische Regierung hat gebeten, ihr die in den abzutretenden Gebieten tätige deutsche Beamtenschaft in möglichst großem Umfange für die Uebergangszeit zu überlassen. Die Reichsregierung war grundsätzlich dazu bereit, unter der Voraussetzung, daß die Beamten in ihren wohlerworbenen Rechten nicht geschmälert werden. Der noch vorläufigen Charakter tragende Vertrag bestimmt, daß polnische Vertrauenspersonen bei den deutschen Behörden in den Abtretungsgebieten zugelassen werden. Die Verwaltung soll allmählich an die polnische Regierung übergehen. Die Belassung der Beamten soll sich auf zwei Monate erstrecken. Den auf ihren Posten bleibenden Beamten wird der volle Schutz der polnischen Regierung gewährt. Weitere Artikel regeln die Besoldung usw.

Minister des Auswärtigen **Müller** empfiehlt die Annahme des Vertrages.

Das Gesetz wird in allen drei Lesungen ohne Aussprache angenommen, ebenso die Vorlage zur Abänderung des Bankgesetzes. Es folgt die zweite Beratung des Gesetzes zur Verfolgung von Kriegsverbrechen und Kriegsvergehen. Danach ist das Verbrechen oder Vergehen, das ein Deutscher im In- oder Auslande während des Krieges bis 28. Juni 1919 gegen feindliche Staatsangehörige oder feindliches Vermögen begangen hat, das Reichsgericht in erster und letzter Instanz ausschließlich zuständig. Der Verletzte oder dessen Erben können sich dem Verfahren als Nebenkläger anschließen.

Abg. **Cohn** (U. Soz.) beantragt die Einsetzung besonderer Volksgerichte für die Aburteilung dieser Kriegsverbrechen.

Reichminister **Schiffer**: Ich weise die Unterstellung des Abg. Cohn, als ob das, was wir hier vornehmen, nicht ernst gemeint sei, mit aller Entschiedenheit zurück. Auch die Behauptung, daß die Behörden in der Rechtsverfolgung solcher Verbrechen bisher nachlässig gewesen seien, ist eine schwere Beleidigung der Verwaltung.

Abg. **Landsberg** (Soz.): Verbrechen oder Vergehen von Deutschen müssen geahndet werden, ganz gleich, ob sie im Inland oder im Ausland begangen werden. Das ist ja auch der Standpunkt unseres Staates. Uns mit Verbrechern solidarisch zu erklären, bloß weil sie Deutsche sind, lehnen wir auf das entschiedenste ab.

Minister des Aeußeren **Müller**: Ein Zusammenhang zwischen der Vorlage und der Ratifizierung des Friedensvertrages besteht nicht. Es handelt sich hier um eine Frage der praktischen Politik und um eine Rechtsfrage. Ein tiefes Friedensbedürfnis besteht nicht nur bei den feindlichen Völkern, sondern auch bei uns. Ich hoffe, unser Entgegenkommen wird zu einer Lösung der Krise führen, ohne daß von Katastrophen die Rede ist. (Beifall.)

Abg. **Cohn** (U. Soz.) erklärt, seine Fraktion werde für das Gesetz stimmen, wenn es auch ihre Ansprüche nicht erfülle.

Die Anträge Cohn werden darauf abgelehnt, das Gesetz wird in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Das Haus vertagt sich. Es entspann sich aber noch eine stundenlange Geschäftsordnungsdebatte darüber, ob die nächste Sitzung am Montag oder am Dienstag stattfinden soll. Im Hammelsprung entschied sich das Haus für Dienstag.

Dienstag 10 Uhr: Zweite Lesung des Umsatzsteuergesetzes.

Schluß gegen 4 Uhr.

Preuß. Landesversammlung.

27. Sitzung, Sonnabend, den 13. Dezember 1919.

Reste des Staatshaushalts.

Die zweite Beratung des Etats wird beim **Forst-Etat** fortgesetzt.

Der Haushaltsausschuß beantragt unveränderte Annahme.

Bei Abstimmung über einen vom Zentrum eingebrachten Zusatzantrag Dinslage ergibt sich die Beschlußunfähigkeit des Hauses.

Präsident Leinert setzt für 1 Uhr eine neue Sitzung an.

In der zweiten Sitzung, Beginn 1 Uhr, nimmt das Haus die „Reste des Kronfideikommisfonds" ohne Aussprache an. Ebenso nach kurzer Aussprache den Titel „Geheimes Zivilkabinett".

Es folgt die zweite Beratung des Haushalts des Abgeordnetenhauses. Abg. **Riedel-Charlottenburg** (Dem.): Infolge der Geschäftslage des Hauses werden nicht nur an uns, sondern auch an die Angestellten des Hauses und an die Presse die größten Anforderungen gestellt. Man sollte dann wenigstens für geeignete körperliche Stärkung sorgen. Aber nicht einmal die Bestecke sind einwandfrei. Der Redner demonstriert diese Behauptung unter großer Heiterkeit des Hauses an einem aus der Tasche gezogenen zerbrochenen Löffel.

Der Etat, sowie der Etat des Herrenhauses werden einstimmig angenommen.

Die Abstimmung über den Forstetat ergibt Annahme des Antrages Dinslage (Ztr.), 520 000 M. für Dienstaufwandsentschädigungen der Förster auszusetzen.

Der Entwurf zur Erweiterung des Stadtkreises Hannover wird in zweiter Beratung unverändert angenommen.

In 2. und 3. Lesung angenommen wird der Entwurf über den Provinzialausschuß der Restprovinz Posen.

Nächste Sitzung am Montag, 11 Uhr: Reichswochenhilfe, Ausführungsgesetz zum Reichssiedlungsgesetz, Erweiterung des Stadtkreises Hannover, Förmliche Anfragen.

Schluß 2 Uhr.

Deutsches Reich.

— Der im Anschluß an den Marlohprozeß ergangene Haftbefehl gegen den Hauptmann v. Kessel ist aufgehoben worden, da sich das bürgerliche Gericht nicht als zuständig erachtet.

— Die sächsische Regierung beantragt bei der Volkskammer die Bewilligung von 56½ Millionen zum Ankauf von Aktien und Kuxen von Steinkohlenwerken.

— Die militärischen Mitglieder im Stabe der internationalen Kommission, der englische Oberst Buttler, der Kapitän der englischen Flotte Adams und der als Vertreter der französischen Besatzungstruppen der Kommission beigeordnete französisch-dänische Hauptmann Bjerring sind, von Kopenhagen kommend, in Flensburg eingetroffen.

— Der englische Geschäftsträger für Berlin, Sir William Tyrren, bisher Botschafter in Washington, wird seinen Posten am 1. Januar antreten.

:: **Vernehmung des Kaisers?** Der erste Untersuchungsausschuß des parlamentarischen Untersuchungs-Ausschusses beschäftigte sich mit der Verteilung der Referate für den Fragebogen über die Vorkriegszeit und das Verhalten der deutschen Regierung zu dem Attentat von Serajewo und dem Ultimatum. Es wurde angeregt, den früheren deutschen Kaiser ebenfalls zu vernehmen, eventuell durch Vermittelung Hollands, doch wurde die Entscheidung hierüber zurückgestellt, bis die Auskunftspersonen ihre Antworten eingereicht haben. Die nächsten Sitzungen des ersten und des zweiten Unterausschusses werden erst Mitte Januar wieder beginnen. — Der Generalanwalt der britischen Regierung, Sir Erneste Pollack, hat auf einer Versammlung in Bradford erklärt, man habe die Regierung beschuldigt, daß sie die Verfolgung des früheren deutschen Kaisers und seiner Genossen, die für die Verletzung der Kriegsführungsgesetze verantwortlich seien, hinauszögere. Er könne aber versichern, daß er zuversichtlich hoffe, daß, wenn der Friedensvertrag in Wirkung gesetzt worden ist, diejenigen Paragraphen, die diese Männer betreffen, vollständig durchgeführt werden.

:: **Die Entlassung des Obersten Reinhard.** Ueber die Entlassung des Obersten Reinhard wird von gut unterrichteter Seite mitgeteilt: Die Entlassung des Obersten Reinhard bildete für die militärischen Kreise eine Ueberraschung, da sie ohne vorherige Befragung der dem Obersten unmittelbar vorgesetzten militärischen Stellen erfolgte. Die „Zurdispositionsstellung" des Obersten Reinhard wurde vom Reichspräsidenten Ebert ausgesprochen, und zwar auf Grund eines Beschlusses des Reichskabinetts.

:: **Die Krise in der preußischen Regierung.** Beim Reichspräsidenten Ebert fand am Freitag nachmittag in Sachen der Krise in der preußischen Regierung eine Besprechung von Zentrumsabgeordneten beider Parlamente statt. Nach Anhörung des Standpunktes der Deputation und eingehender Besprechung der gegenwärtigen Lage, unter Hervorhebung der grundsätzlichen Haltung der beiden anderen Mehrheitsparteien in der Schulfrage kam man dahin überein, die Besprechungen innerhalb der drei Parteien fortzuführen. Bis diese Besprechungen nicht zu einem positiven Ergebnis geführt haben, sollen die Ausschußberatungen der in Frage kommenden Vorlagen hinausgeschoben werden.

:: **Die Fremdherrschaft im Saargebiet.** Auf Anordnung der französischen Militärverwaltung vom 8. Dezember mußten sich alle ehemaligen aktiven Offiziere aus dem Kreise Saarbrücken zwecks Aufstellung einer Liste schriftlich oder mündlich auf der Saarbrücker Polizeidirektion melden. Die Meldungen mußten den früheren Dienstgrad und die Angaben enthalten, ob vor dem Kriege oder während des Krieges oder nach Abschluß des Waffenstillstandes verabschiedet. Bisher pflegten derartige Registrierungen die Vorläufer von Abschiebungen größeren Stils zu sein. Man befürchtet auch diesmal die Ausweisung, um so mehr, als am 9. Dezember Landrat von Halfern und Regierungsassessor v. Salmit, die Leiter der Saarbrücker staatlichen Polizei, ausgewiesen worden sind. — Die französische Behörde, die noch vor kurzem die Gemeinden im Saargebiet zur Aufstellung von Sicherheitswehren aufgefordert hatte, hat jetzt sämtliche Sicherheitswehren als aufgelöst erklärt. Außerdem sind die verausgabten Waffenscheine für ungültig erklärt. Ausnahmen sind nur für die vereidigten Beamten, wie Gendarmen, Polizeibeamten usw. gestattet.

:: **Zur Verhinderung des Schmuggels an der oberschlesischen Grenze** wird in den nächsten Tagen eine schärfere Bewachung durch Steuerbeamte erfolgen. Die Regierung hat, um den besonders kritischen Verhältnissen an der oberschlesischen Grenze Rechnung zu tragen, mehrere hundert Grenzbeamte nach Oberschlesien versetzt. Da es an dem nötigen Material fehlt, um diese Beamten mit den vorgeschriebenen Uniformen zu versehen, werden diese ihren Dienst bis auf weiteres mit einer grünen Armbinde versehen.

:: **Bandenkämpfe an der preußischen Ostgrenze.** Die deutsche Legion hat zum größten Teil die Grenze überschritten. Den Deutschen folgen verschiedene Banden, aus 50 bis 100 Mann bestehend, die sich aus deutschen Deserteuren, versprengten Russen und Litauern zusammensetzen und mit Maschinengewehren gut ausgerüstet sind. Vielfach ist es zu Kämpfen mit der deutschen Nachhut gekommen. Litauische Regierungstruppen folgen.

:: **Die Bestrafung der Kriegsverbrechen.** Der Gesetzentwurf zur Bestrafung von Kriegsverbrechen und Kriegsvergehen im In- und Auslande ist der Nationalversammlung zugegangen. Nach § 2 ist der Oberreichsanwalt verpflichtet, nach deutschem Recht strafbare Handlungen, die ein Deutscher im In- und Auslande während des Krieges bis zum 28. Juni 1919 gegen feindliche Staatsangehörige oder feindliches Vermögen begangen hat, gerichtlich zu verfolgen. Nach dem Gesetzentwurf können auch Ausländer als Nebenkläger zugelassen werden. Paragraph 6 des Entwurfs besagt hierüber: „Der Verletzte oder im Falle seines

Boves seine Erben sind berechtigt, sich dem Verfahren als Nebenkläger anzuschließen. Der Reichsminister der Justiz kann bestimmen, daß auch andere Personen als Nebenkläger zugelassen sind."

:: **Das Ende der „Freien Pfalz".** Der Hauptagitator für die Abtrennung der Rheinpfalz von Bayern und dem Deutschen Reich und der Hauptförderer einer selbständigen Republik Pfalz, der Nahrungsmittelchemiker Dr. Haas in Landau, hat der „Pfälzischen Post" in Ludwigshafen mitgeteilt, er scheide aus dem politischen Leben aus und werde sich wieder ganz seinem Berufe widmen. Damit hat nun die Freie Pfalz endlich und endgültig Fiasko gemacht.

:: **Verschiebung des Betriebsrätegesetzes.** Der „Vorwärts" schreibt zu dem Reichstagsbeschluß gegen die Beratung des Betriebsrätegesetzes an diesem Montag: Die Unabhängigen stimmten für die Verschiebung und machten damit die Erledigung des Betriebsrätegesetzes in diesem Jahre vielleicht unmöglich. Die Sozialdemokraten werden allerdings ihren ganzen Einfluß aufbieten, daß der Freitag und Sonnabend für die Erledigung des Betriebsrätegesetzes ausgenutzt werden.

:: **Die Gothaer Volksbeauftragten und die herzoglichen Geldschränke.** Die Gothaer Volksbeauftragten haben die dem Herzog gehörigen Geldschränke gewaltsam öffnen lassen und die darin befindlichen Werte, Zinsbogen, Sparkassenbücher usw., dem Staatsvermögen „einverleibt". Nach Erkundigungen an zuständiger Stelle hat sich der Vorgang wie folgt abgespielt:

Der Volksbeauftragte Tenner in Gotha hatte sich an den Geh. Justizrat Forkel in Gotha, den Kurator des Lichtenberger Fideikommisses und Bevollmächtigten der herzoglichen Agnaten, gewandt mit dem Ersuchen, die in seinem Besitz befindlichen Schlüssel zu den beiden herzoglichen Geldschränken und zu dem Tresor der Privatbank auszuhändigen. Forkel hätte dies verweigert, da die Geldschränke privates Eigentum des Herzogs seien, und die herzoglichen Agnaten das von den Volksbeauftragten erlassene Enteignungsgesetz für ungültig hielten. Als darauf Tenner gewaltsame Oeffnung androhte, protestierte Geheimrat Forkel namens der Agnaten hiergegen energisch, machte die Volksbeauftragten für jedes rechtswidrige Vorgehen verantwortlich und ersuchte sie, wenigstens den Ausgang des inzwischen von dem Herzog gegen den Freistaat Gotha angestrengten Prozesses abzuwarten. Statt dessen machten die Volksbeauftragten ihre Drohung zur Wirklichkeit, ließen durch einen Schlosser die Geldschränke öffnen und entnahmen ihren Inhalt.

Der Vorgang hat eine gewisse politische Bedeutung, da zu den herzoglichen Agnaten neben dem Prinzen Philipp von Koburg auch Mitglieder des englischen Königshauses gehören. Man muß die Frage aufwerfen, ob die Gothaer Volksbeauftragten es wirklich so eilig haben mußten, in den Besitz der herzoglichen Wertpapiere zu gelangen. Weshalb führten sie, wenn sie sich im Recht glaubten, nicht ordnungsmäßig eine Verfügung des ordentlichen Gerichts herbei, statt zu einem gewaltsamen und eigenmächtigen Verfahren zu greifen.

Rundschau im Auslande.

* **Die Noten, welche die Pariser Konferenz an die Balkanstaaten und an die Türkei am 21. November abschickte, sind durch einen Brand in einem Postwagen zwischen Belgrad und Nisch verbrannt.**

* **Im englischen Unterhause erklärte Mac Curdy, daß die britische Regierung Deutschland 8000 Tonnen Konservenfleisch verkauft habe.**

* **Die belgische Regierung soll beabsichtigen, mit der Liquidation und Beschlagnahme von deutschem Besitz aufzuhören, sobald sich die deutsche Regierung verpflichtet, 350 Millionen Franken zu zahlen.**

* **Das englische Oberhaus beschloß in zweiter Lesung ein Gesetz über eine autonome Regierung Indiens.**

* **England hat die norwegischen Kohlenfelder auf Spitzbergen für 200 000 Pfund Sterling erworben.**

* **Die Bolschewisten haben Kiew verloren und zwar sind sie durch Freiwillige vertrieben worden.**

* **In Konstantinopel wurde eine Verschwörung zum Sturze des Sultans und zur Thronerhebung des Sohnes Abdul Hamids entdeckt.**

* **Amerika hat beschlossen, den Alliierten einen Aufschub der Zahlung der dreijährigen Zinsen für zwei Milliarden Pfund Sterling zu bewilligen.**

*

Frankreich: Der Präsident der Wiedergutmachungs-Kommission.

* **Dem „Hamburger Fremdenblatt" wird aus Paris gemeldet: Die Ernennung des Finanzministers Klotz zum Präsidenten der Wiedergutmachungskommission wird nunmehr vom offiziösen „Petit Parisien" zugegeben. Klotz erhielt diesen Posten als letzten Beweis der Dankbarkeit Clemenceaus, der seine Freunde noch möglichst sicherstellen will. Klotz wird als Präsident der Wiedergutmachungskommission zweifellos trachten, sein gesunkenes Ansehen auf Kosten Deutschlands zu heben. Er erklärte, Frankreichs Finanzwirtschaft werde dadurch gesunden, daß Deutschland rücksichtslos zum Ersatz aller Kriegsschäden herangezogen werde.**

Rußland: Das russische Friedensangebot abgelehnt.

* **Die Mitteilungen, die Litwinoff den Vertretern Frankreichs, Italiens, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten über das Friedensangebot der Sowjetregierung zugestellt hat, sind ihm zurückgeschickt worden. Die Vertreter weisen darauf hin, daß Litwinoff über sein Mandat hinausgehe, da die Kopenhagener Konferenz einzig dem Austausch der Kriegsgefangenen und der Heimschaffung der Staatsangehörigen gewidmet sei, andererseits wären sie der Ansicht, daß die Verpflichtungen Dänemark gegenüber nicht eingehalten würden, wenn der Ausschuß Litwinoffs politischen Zielen diene, da Dänemark die Konferenz nur für humanitäre Zwecke bewilligt habe.**

Rußland: Militärischer Arbeitszwang in Sowjetrußland.

* **Im Gouvernement Petersburg ist die arbeitsfähige Bevölkerung mobilisiert worden, um Holz nach Petersburg zu schaffen. Die Arbeit wird bezahlt werden. Der Rat der Verteidigung der Stadt Petersburgs hat eine Verfügung getroffen, derzufolge alle Angestellten und Arbeiter der Holzversorgungs- und Beheizungsbehörden als in Kriegsdiensten stehend betrachtet werden. Es wird eine militärische Disziplin eingeführt. Falls nötig, sind die Angestellten verpflichtet, 12 Stunden täglich zu arbeiten. Widersetzlichkeit und Sabotage werden nach den Bestimmungen der Kriegsgesetze bestraft.**

Lokal- und Provinzialnachrichten.

Bielefeld, den 16. Dezember 1919.

— **Evangelischer Lehrerverein Bielefeld.** Die nächste Zusammenkunft des Evangelischen Lehrervereins Bielefeld findet am Mittwoch, den 17. d. M., nachmittags 4½ Uhr, im Altstädter Gemeindehaus an der Güsenstraße statt, nicht wie bisher im Vereinshaus in der Bahnhofstraße. Herr Pastor Östreicher wird einen Vortrag halten über „Entwicklung oder Offenbarung im Alten Testamente". Auch die erwachsenen Angehörigen unserer Mitglieder sowie Freunde des Vereins sind herzlich eingeladen.

— **Bethel.** (Volkshochschule.) Seit vier Wochen ist unsere christliche Volkshochschule auf dem Lindenhofe im Gange. Mit dem Leiter, P. Burckhardt, haben sich eine Anzahl Betheler, besonders Lehrer, vereinigt und erteilen wöchentlich etwa 30 Stunden Unterricht. Die Schüler, jetzt 15 an der Zahl, stammen z. T. aus der näheren Umgegend, z. T. von weit her, z. B. aus der Pfalz, aus Sachsen. Nach den Weihnachtsferien wird der Lehrgang noch bis Mitte März fortgeführt werden. Die dann gesammelten Erfahrungen werden in dem folgenden Winter verwertet werden. Da besonders auf junge Männer aus der Landwirtschaft gerechnet ist, so kann im Sommer kein Lehrgang für solche veranstaltet werden; vielleicht wird statt dessen ein mehrmonatlicher Kursus für junge Mädchen eingerichtet werden. Wie den Lesern unseres Blattes bekannt ist, ist der Lindenhof eine „Heimschule". Durch ständiges Zusammenleben atmen die jungen Leute unwillkürlich die gesunde Luft eines christlichen Gemeinschaftslebens ein. Durch mancherlei kleine häusliche körperliche Arbeiten ist ein wohltuendes Gegengewicht gegen eine einseitige Geistesarbeit gebildet. Auf Wanderungen lernen die Schüler an den Sonntagen und einigen freien Nachmittagen unsere landschaftlich und geschichtlich so reiche Gegend kennen. Möchten sie einen bleibenden Segen vom Lindenhof mitnehmen!

— **Eckardtsheim.** (Gemeindefeier.) Freude, echte und reine Freude in unsere traurige Zeit zu bringen, das ist überaus dankenswert. Wir können Gott nicht genug danken, daß in unserer Jugend noch solche Freude lebt. Geteilte Freude ist doppelte Freude. Danach handelte unsere Eckardtsheimer Jugend und brachte eine Gemeindefeier zustande, durch die sich ein Strom von Freude in Hunderte von alten und jungen Herzen ergoß.

Es war am Nachmittag des 3. Adventssonntags. Vor einem „vollen Hause" boten Jungfrauen- und Kirchenchor, Soloterzett und Posaunenchor, Schüler und Schülerinnen mannichfache erfreuliche Proben ihrer Kunst dar. Ein paar junge Männer hatten Theodor Körners unverwelklichen Schwank „Der Nachtwächter" einstudiert und haben ihn trefflich aufgeführt; die Turner zeigten ihre Künste am Reck und in fünf wundervollen „Sennepyramiden". In seiner kurzen, einleitenden Ansprache betonte Pastor Klein, daß die Gemeindefeier zur Stärkung des Gemeinschaftslebens dienen solle. Die Leiter der Chöre (Lehrer Schlüpmann, Diakon Gräler, Hausvater Heitbrink und Pastor Hanke) hatten es verstanden, die Stimmen zu schönem Zusammenklang zu vereinen. In überaus fesselnder Weise wußte Pastor Dietrich-Bethel von seinem Aufenthalt in Holland zu erzählen. Es war ihm vergönnt, vier Stunden bei unserm geliebten Kaiserpaar zuzubringen. Er hat am Totensonntag eine Predigt über Luk. 22, 31—32 im Schlosse zu Amerongen halten dürfen. Die Zeit reichte leider nicht aus, um alles zu berichten, was er dort erlebt hat. Aber was er von der vorbildlichen Weise zu sagen wußte, wie unser Kaiserpaar sein schweres Schicksal trägt, das wird allen Hörern unvergeßlich sein. Im Schlußwort wies Pastor Hanke auf den König der Ehren hin, der zum Advent bei uns einziehen will. Beim Ausgang wurde für die im Erzgebirge notleidenden Kinder gesammelt. Es kam für diesen Zweck eine schöne Summe zusammen.

Im Januar soll wieder eine Gemeindefeier stattfinden, bei der u. a. Pastor Dietrich noch mehr aus Holland und vom Kaiser erzählen wird.

Letzte Nachrichten.

Eine tendenziöse Falschmeldung.

Die „Dt. Allg. Ztg." schreibt: In den Tageszeitungen des linksrheinischen Gebiets erschien am 10. Dezember ein aus Berlin datiertes Telegramm folgenden Inhalts: „Die deutsche Kohlenförderung hat die Friedensförderung bereits erreicht. Eine großzügige Neueinstellung von Bergarbeitern ist im Gange, die den Ausfall wettmachen soll." Wie hierzu von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, ist diese Meldung falsch. Die deutsche Steinkohlenförderung beträgt heute rund 67 Proz. der durchschnittlichen Förderung von 1913.

Forderungen der elsaß-lothringischen Abgeordneten.

Die elsässisch-lothringischen Abgeordneten in der französischen Kammer haben zur Lösung der Sprachenfrage in Elsaß-Lothringen folgende Forderung gestellt: Die elsässisch-lothringische Bevölkerung verlangt die Zweisprachigkeit im Gericht, in der Schule, auf der Post und auf der Eisenbahn. Die Bahnen Elsaß-Lothringens dürfen nicht an die Staatsbetriebe abgegeben werden. Pünktlichkeit und Ordnung müssen wieder in das Bahnwesen einziehen. Ferner werden schleunige Maßnahmen zur Besserung der Transport-, Kohlen- und Finanzkrise verlangt.

Der Kriegsdienst der Elsaß-Lothringer.

Die französische Regierung beschloß die Errichtung einer Anzahl elsaß-lothringischer Regimenter unter der Führung französischer Offiziere. Die Standquartiere dieser elsaß-lothringischen Truppenteile befinden sich im Innern Frankreichs. Elsaß-Lothringen selbst werde in den nächsten Jahren nur rein französische Garnisonen erhalten.

Dreifacher Mord eines Wahnsinnigen.

In Simmershofen im Allgäu hat der Kaufmann Scharnagel im Wahnsinnsausbruch seine Frau im Wochenbett, deren Schwester und das Dienstmädchen mit einem Beil erschlagen. Sein achtjähriger Sohn entrann dem Rasenden, der entfloh, später aber festgenommen werden konnte.

Der große Ausverkauf.

Die Ausplünderung deutscher Waren wird von elsässischen Franzosen im Brückenkopfgebiet Kehl durchgeführt. Insbesondere aus Straßburg treffen täglich in Kehl Scharen von Aufkäufern ein, welche die schlechte Markvaluta ausnutzen, um die Waren dort restlos zusammenzukaufen. Sogar ins unbesetzte Gebiet wagen sich zur Nachtzeit heimlich französische Automobile, welche bis in die badischen Schwarzwaldtäler kommen, um dort von den Bauern den Branntwein aufzukaufen.

Englands Handelspläne in Ungarn.

Die Bestrebungen des englischen Handels, Budapest zum Ausgangspunkt seiner Balkanpläne zu machen, treten immer deutlicher zutage. Vor einigen Tagen ist ein Vertreter der Bank von England in Budapest eingetroffen und ist in Verhandlungen mit dem ungarischen Finanzministerium eingetreten. Der Zweck dieser Verhandlungen ist, unmittelbar nach Friedensschluß eine Filiale der Bank von England in Budapest zu errichten. Außerdem trat ein englisches Finanzkonsortium mit dem Vorschlage an die ungarische Regierung heran, in Budapest aus eigenen Mitteln einen großen Zentralgüterbahnhof und einen großen Donauhafen zu erbauen. Die Engländer verlangen von der ungarischen Regierung nur gewisse Vorrechte in der Benutzung der Anlage und die Erlaubnis, in Budapest Magazine für den englischen Durchgangshandel zu errichten.

Der Kaiserprozeß sofort nach Friedensratifikation.

Aus London wird gemeldet: Der britische Oberstaatsanwalt Pollock erklärte, daß die Vorwürfe, die Regierung ziehe den Kaiserprozeß in die Länge, nicht zuträfen. Sobald das Friedensabkommen in Wirkung trete, würden auch die Artikel, die mit dem Kaiserprozeß zusammenhängen, ausgeführt werden.

Verlag: Druckerei Bethel bei Bielefeld. Fernruf 74. Amt Bielefeld. Alle für die Redaktion bestimmten Zuschriften sind zu richten nach Bielefeld Schließfach 141. Alles, was die Expedition betrifft, alle Inserate und Geldsendungen an die Geschäftsstelle: Missionar Heienbrok Bethel bei Bielefeld, Postscheckkonto 7382 Hannover

Evangel. Kirchenbeamter

(kriegsbesch.), verh. 28 J. alt, bisher bei Kirchengemeinden als Buchhalter und Kassierer tätig, sucht, da die jetzige Gemeinde das Gehalt für einen verheirateten Beamten nicht aufbringen kann, eben solche Beschäftigung bei einer anderen Kirchengemeinde oder als Rendant bei bestehendem bezw. neueinzurichtendem Gemeindeamt. Selbiger ist befähigt, ein ev. Gemeindeamt einzurichten unter Berücksichtigung der heutigen Zeitverhältnisse. Zeugnisse und Empfehlungen stehen zur Verfügung. Angebote unter Angabe, welches Gehalt voraussichtlich gezahlt werden kann unter H. W. an die Geschäftsstelle d. Zeitung.

Junge Kriegerwitwe

vom Lande, 24 Jahre alt, wünscht mit ½ Jahre altem Kinde

Stellung.

Kenntnisse als Wirtschafterin und Stütze.

Näheres unter W. S. 19 an die Geschäftsst. des Aufwärts.

Stellen-Gesuche & Angebote

haben im „Aufwärts"

großen Erfolg

Bielefelder Haushaltsverein e. G. m. b. H.

Bielefeld.

Außerordentliche Generalversammlung

am **21. Dezember 1919**, nachmittags 2 Uhr, im großen Saale des Hotel **„Vereinshaus"**, Bielefeld, Bahnhofstraße.

Tagesordnung:

Vorlegung neuer Vereinssatzungen und Genehmigung derselben.

Wir bitten die Mitglieder, zu dieser Versammlung zahlreich zu erscheinen. Beim Eintritt ist die Mitgliedskarte vorzuzeigen.

Der Aufsichtsrat.
Julius Weber, Vorsitzender.

Deutsche
helft euren verlassenen Volksgenossen in Polen!

Das deutsche Schulwesen steht
vor seinem Zusammenbruch.
Die deutsche Kultur im Osten
ist dadurch in schwerer Gefahr.

Für den Deutschen Schulverein in Polen
Sitz Bromberg, Weltzienplatz 1
nimmt Geldspenden entgegen:
Diskontogesellschaft Danzig
Konto Deutscher Schulverein in Polen.

Werbet für die Zeitung!